

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe November 2021

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Investigate Europe: Graues Gold — Das Milliarden-Geschäft mit der Altenpflege**
- **Katrin Kusche: Flächendeckende schöpferische Zerstörung von Krankenhäusern?**
- **Alexander Wallasch: Die Ampel will kiffen – Mediziner fürchten schlimme Psychosen**
- **Bernhard Loyen: Julian Assange im persönlichen Visier von Mike Pompeo**
- **Adriel Kasonta & Alfred de Zayas: Der Geist von Bandung**
- **Karin Leukefeld: Respekt statt Herabsetzung – Konflikte lösen im Dialog**
- **Gabriele Krone-Schmalz: Eiszeit mit Russland!**
- **Wolfgang Schwarz: Der Westen & Russland – zum Diskurs**
- **Norman Paech: Kein Frieden für Palästina**
- **Nadya Tannous: Einschränkung der US-Militärhilfe für Israel im Zeitalter der Normalisierung**
- **BIP e.V.: Sieg in der EU gegen den Handel mit Besatzern**
- **Jacques R. Pauwels: Mythenbildung und die atomare Zerstörung**
- **IPPNW: IPPNW verweist auf gesundheitliche Folgen von Uranbergbau**

**Zitat des Monats** von [Howard Zinn](#) (zitiert von Noam Chomski, ganz unten):

Was zählt,  
sind die unzähligen kleinen Taten unbekannter Menschen,  
die den Grundstein für die Ereignisse der Geschichte legen.

## Editorial

Die **Entwicklungen im deutschen Gesundheitswesen** sind besorgniserregend. Der erste Beitrag berichtet über die Privatisierung und ihre Folgen, der zweite über eine Bürgerinitiative dagegen. Im dritten Beitrag wird über die Absicht der zukünftigen Bundesregierung zur Legalisierung von Cannabis und den damit verbundenen Risiken kritisch informiert.

Der nächste Beitrag befasst sich mit der Situation von **Julian Assange** und dem unmenschlichen Umgang mit ihm. Wie man **in internationalen Konflikten respekt- und würdevoll miteinander umgehen** kann, ist Thema der nächsten Artikel: Karin Leukefeld zeigt das anhand des Nahostkonfliktes auf und Alfred de Zayas anhand der Konferenz von Bandung, bei der vor 66 Jahren die Bewegung der Blockfreien Staaten entstanden ist. Auch im **Umgang des Westens mit Russland** sind friedlichere und vor allem besser informierte Töne und Taten erforderlich; dafür plädieren Gabriele Krone-Schmalz und Wolfgang Schwarz und begründen es sehr kenntnisreich.

Ein nächster Schwerpunkt beschäftigt sich mit **Palästina**. Norman Paech hat das Buch von Helga Baumgarten zur **Geschichte der Gewalt seit 1948** dazu rezensiert und Nadya Tannous informiert über die einseitige **Unterstützung der USA** für auch illegale israelische Aktivitäten – aber auch über den Widerstand selbst in den USA dagegen. Eine EU-Bürgerinitiative hat einen wichtigen Rechtsstreit gewonnen, in dem es um **Handelsverbote mit illegalen Kolonien** geht.

Abschließend wird in einem ausführlichen und historisch sehr interessanten Bericht darüber informiert, welches die wirklichen Interessen hinter dem US-amerikanischen **Atombombenabwurf 1945 in Japan** waren. Dazu ergänzend zeigt der IPPNW auf, dass bereits der **Uranbergbau sehr gesundheitsschädigend** ist, vor allem für die aktuell davon betroffene indigene Bevölkerung in vielen Regionen der Welt.

[Inhalt](#) ↑

### • Investigate Europe: **Graues Gold — Das Milliarden-Geschäft mit der Altenpflege**

Werden in Europa alte Menschen pflegebedürftig und müssen in ein Altenheim ziehen, erleben sie, wie der Mangel an Personal und überarbeitete Pflegekräfte ihr Leben bedrohen. Die Zustände in den Heimen wurden noch sichtbarer durch die Covid-19-Pandemie. [Fast überall in Europa werden die Pflegebedürftigen schlecht versorgt](#). Doch zugleich machen internationale Konzerne und Finanzinvestoren mit Pflegeheimen ein stark wachsendes Milliardengeschäft mit den Geldern, die Regierungen für die Pflege ausgeben. Derzeit sind das 220 Mrd. Euro jährlich. Die zunehmende Privatisierung und die steigende Beteiligung von Finanzinvestoren führt in vielen EU-Staaten dazu, dass in den Heimen weniger Pflegekräfte eingesetzt werden und die Qualität der Pflege vielerorts einbricht. Staatliche Behörden versagen bei den Kontrollen.

Auch in Deutschland wurde der so entstandene Pflegenotstand mit Beginn der Corona-Krise deutlicher. "Durch den Personalmangel leisten die Pflegekräfte viele Überstunden. Sie sind gezwungen, unter unwürdigen Bedingungen gegen ihr eigenes Ethos zu arbeiten, und deshalb völlig überlastet. Der bewegende [Bericht einer Altenpflegerin](#), die aus diesen Gründen kürzlich schweren Herzens ihre Arbeit in einem privaten Altenpflegeheim kündigte, verdeutlicht die Diskrepanz zwischen dem, was eigentlich die Arbeit der Pflege eines alten und kranken Menschen ausmacht, und dem, was heute durch den Neoliberalismus trauriger Alltag in der Pflege geworden ist."

[Investigate Europe](#) ist ein paneuropäischer Rechercheverbund von neun Journalist\*innen aus acht Ländern. Sie bearbeiten gemeinsam Themen, die sie in ganz Europa für politisch oder gesellschaftlich relevant halten, und veröffentlichen ihre Rechercheergebnisse europaweit parallel in unterschiedlichen Medien und Sprachen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Katrin Kusche: **Flächendeckende schöpferische Zerstörung von Krankenhäusern?**

Am 01.09.2021 hatte das Bündnis Klinikrettung einen prominenten Schließungslobbyisten, Prof. Dr. med. Reinhard Busse, zum Streitgespräch eingeladen. Das Bündnis wurde vom ehemaligen Klinikleiter Klaus Emmerich vertreten. [In der Veranstaltung traten die Widersprüche zwischen Patientenwohl und Investoreninteressen besonders deutlich hervor.](#) Die "Argumente" für Klinikschließungen (Modernisierung, Qualitätsverbesserung, bessere Kapazitätsauslastung, Vermeidung unnötiger Nachfrage etc.) wurden in der Diskussion als sachlich unbegründet und zum Teil zynisch deutlich. Die Initiative '[Gemeingut in BürgerInnenhand](#)' kämpft gegen die Privatisierung und Verschlechterung der Krankenhauslandschaft in Deutschland. Aktuell (Mitte Oktober) unterstützen sie den Streik des Pflegepersonals bei der Vivantes Klinik in Berlin Friedrichshain.

Es ist aber auch [möglich, bereits privatisierte Kliniken wieder in öffentliches Eigentum zurückzuholen.](#) Dies sagt ein neues Rechtsgutachten im Zusammenhang mit der Schließung einer Asklepios-Klinik.

[Katrin Kusche](#), Bundesgeschäftsführerin der Grünen Liga und Mitglied des Beirats der Deutschen Umweltstiftung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alexander Wallasch: **Die Ampel will kiffen – Mediziner fürchten schlimme Psychosen**

Auch wenn das Thema nicht vorne auf der Liste der Ziele einer evtl. Ampelkoalition in Berlin steht, so sieht Alexander Wallasch eine weitgehende Einigkeit der drei Parteien bzgl. der Legalisierung von Cannabis. Das für eine Legalisierung angeführte Argument der Entkriminalisierung, ist nach Wallasch fadenscheinig und werde sowohl vom Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei als auch von Mediziner\*innen widerlegt. So stellten Ulmer Mediziner in einer Studie fest, dass es [im Ablauf von zehn Jahren zu einer Verachtfachung der Cannabis-Psychosen, vor allem bei jungen Männern gekommen sei](#), da einerseits der Wirkstoffgehalt der Droge gestiegen sei und die Nebenwirkungen der Droge unterschätzt werde. Auch wenn nicht alle Konsumenten von den Psychosen betroffen seien, stellt Prof. Carlos Schönfeldt-Lecuon bzgl. seiner Studie fest: "Trotz ihres Potenzials als therapeutische Substanzen bei vielen Störungsbildern ist der Einsatz von Cannabinoiden mit einem nicht zu unterschätzenden gesundheitlichen Risiko verbunden. Dies gilt insbesondere für Personen mit einer psychischen Vorerkrankung. So sind eben immer mehr Cannabis-Psychosen zu beobachten. Andererseits kommt es auch verstärkt zu Abhängigkeiten und zu schädlichem Gebrauch." Als Symptome nennt der Professor u.a.: Halluzinationen, Wahnvorstellungen, Zerrissenheit und Verhaltensstörungen. Wallasch fürchtet mit einer Ampelkoalition noch mehr psychotische Fälle auf die Gesellschaft zukommen, denn: "Die Grünen wollen die Legalisierung, die FDP will sie und die SPD wird ihr Zaudern überwinden."

Der potentielle Ampel-Gesundheitsminister Karl Lauterbach steht für die Legalisierung von Cannabis.

[Alexander Wallasch](#), Jg. 1964, Autor, Journalist und Texter; schreibt für Subway und die taz; erstes Buch, "Hotel Monopol" unter dem Pseudonym Alexander Wall. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Bernhard Løyen: **Julian Assange im persönlichen Visier von Mike Pompeo**

Im Zusammenhang mit dem Fall Julian Assange hat Edward Snowden darauf aufmerksam gemacht, [dass die CIA Pläne entwickelte, um den WikiLeaks-Gründer zu entführen oder zu töten](#). Snowden warnt vor der Kriminalisierung des Journalismus nicht bloß in diesem Fall, sondern generell. Nach yahoo!news war schon für 2017 eine Entführung von Assange geplant, die dann aber als zu heikel angesehen wurde. Eine Kommentierung der Nachricht durch die CIA oder dessen ehemaligen Chef Mike Pompeo war nicht zu bekommen. Snowden sieht die Motivation, Assange zum Schweigen zu bringen, darin, dass durch einen endlosen Krieg in Afghanistan versucht wurde, Geld "in die Hände der transnationalen Sicherheitselite zu spülen".

Die USA drängen weiter auf die Auslieferung von Julian Assange. Am 26.10.2021 stand die nächste Verhandlung zur US-Berufung in London an. Nils Melzer veröffentlichte am 30.09.2021 ein weiteres Statement: "Was auch immer man Ihnen weismachen will: Im Fall Assange geht es um ihre Zukunft, ihr Leben und ihr Recht zu wissen, was ihre Regierung mit der Macht und den Steuern, die sie ihr geben, tut. Ich möchte meinen Kindern keine Welt hinterlassen, in der es ein Verbrechen geworden ist, die Wahrheit zu sagen."

Bei dem Berufungsverfahren um die Auslieferung von Julian Assange haben die USA am 27./28.10.2021 der britischen Justiz vorgeworfen, bei der derzeit gültigen Beschlusslage zum Gesundheitszustand von Assange von falschen Annahmen ausgegangen zu sein – sowohl hinsichtlich der Symptome als auch hinsichtlich den bei einer Auslieferung in den USA zu erwartenden Bedingungen. Die USA stellten in Aussicht, dass Assange seine Haftstrafe auch in einem australischen Gefängnis absitzen kann. [Das Urteil wird in den kommenden Wochen erwartet](#). Bis dahin will der Richter Burnett, über den von den Anwälten vorgelegten Stoff nachdenken. Gegen das anstehende Urteil kann dann nochmals Berufung eingelegt werden. Bei einer Auslieferung drohen Assange nach dem US-Spionagegesetz von 1917, das wieder ausgegraben wurde, 175 Jahre Haft. Sollte es doch zu einer Freilassung von Assange kommen, besteht die [Gefahr, dass er nach Australien abgeschoben wird](#), weil sein britisches Visum abgelaufen ist, und dass die australische Regierung ihn dort inhaftiert, um ein weiteres Auslieferungsersuchen der USA zu verfolgen.

[Inhalt](#) ↑

- Adriel Kasonta & Alfred de Zayas: **Der Geist von Bandung**

Die Autoren erinnern an die Konferenz von Bandung (Indonesien) im Jahr 1955. Dort haben sich viele Staaten der damaligen "Dritten Welt" getroffen, die sich nicht der "ersten" und der "zweiten" Welt (USA mit NATO sowie SU mit Warschauer Pakt) anschließen wollten. 29 Staaten, darunter Saudi-Arabien, Ägypten, Thailand, Iran, Irak, Jugoslawien, Indonesien, VR China, Jemen, Libyen, Syrien und viele andere bildeten danach den "Block" der blockfreien Staaten, eben eine "Dritte Welt". [Sie haben Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit und des Respekts vereinbart](#), die auch auf der UN-Menschenrechtserklärung basieren, aber ein größeres Maß an Gleichwertigkeit aller Nationen beinhalten als es bei der UNO der Fall ist. Kasonta und de Zayas erinnern an diese Grundsätze und zitieren sie, weil sie auch und gerade heute in Zeiten kalter und heißer Kriege aktuell sind, um die friedliche Koexistenz der Völker dieser Welt im Geiste des Multilateralismus zu festigen.

[Adriel Kasonta](#), Analyst und Kommentator für auswärtige Angelegenheiten, Mitglied des Redaktionsausschusses des von Experten begutachteten 'Central European Journal of International and Security Studies' (CEJISS) in Prag. (Red.)

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Respekt statt Herabsetzung – Konflikte lösen im Dialog**

Leukefeld trägt in einem Vortrag die Erfahrungen und Lehren jahrzehntelanger Kriege im Nahen und Mittleren Osten zusammen. Vor allem sieht sie in diesen Krisen und Kriegen viele Beispiele von fehlendem Respekt, reichlich Herabsetzung und Dämonisierung, aber auch Vorschläge zur Konfliktlösung und für Dialogangebote, um Krieg und Zerstörung zu verhindern.

Sie erinnert an die Leiden der Palästinenser, Kurden und Iraker, an die vergeblichen Bemühungen um friedliche Lösungen, an die Zerstörung der irakischen Kultur und an den Zugriff auf das Öl des Landes. Aufgrund des fehlenden Respekts gegenüber den Irakern und der Dialogverweigerung war keine Lösung des Konflikts möglich. Aber andere Kulturen zeigen, dass es erfolgreiche Strategien gebe, und Leukefeld führt Beispiele an. Diametral dazu gehen die westlichen Staaten davon aus, Anderen sagen zu müssen, was sie zu tun und zu lassen haben. Dabei setzten sie sich über das Völkerrecht hinweg, das sie durch eine von ihnen definierte, d.h. nach westlichen Interessen ausgerichtete "regelbasierte Ordnung" ersetzen. Mit solch einem Selbstverständnis lasse sich kein lösungsorientierter Dialog führen. Vielmehr würden dadurch Ansätze zur Konfliktlösung im Dialog zunichte gemacht, wie die Damaskus-Konferenz von 2011 zeige.

Leukefeld fragt sich, [ob das Gemeinwohl in den Diskussionen der Diplomaten, Politikern und Militärs überhaupt eine Rolle spielt](#) – auch wenn immer wieder behauptet werde, es gehe um "Freiheit und Demokratie". Das, was sie beobachten kann, spricht nicht dafür. "Die Völker haben dagegen eher ein Verständnis von 'Gemeinwohl', weil die zugrunde liegenden ethischen Grundsätze in wesentlichen Fragen sich zumindest sehr ähnlich sind." Diese Verständigung müsse gefördert werden, auch wenn sich der Westen dagegen mit einseitigen Strafmaßnahmen wehre. Trotzdem wirbt Leukefeld dafür, dass wir Menschen versuchen, uns gegenseitig mit Respekt zu begegnen und zu verstehen.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gabriele Krone-Schmalz: **Eiszeit mit Russland!**

Am 27.10.2021 hat die Russland-Kennerin Gabriele Krone-Schmalz einen [Vortrag zum Thema "Eiszeit mit Russland!" gehalten](#) (Video, 2h04, VHS-Einleitung ab 0h19, Einleitung von Eva Arras ab 0h22, Rede Krone-Schmalz ab 0h26, Diskussion ab 1h35). Veranstalter waren der Städtepartnerschaftsverein Köln-Wolgograd, die Volkshochschule Köln, verschiedene Friedensinitiativen und die Gewerkschaft ver.di.

Eigentlich sind die EU und Russland Partner. Doch die demokratisch nicht legitimierten Kräfte der EU lassen eine Kooperation mit Russland nicht zu, indem sie Russland mit der Sowjetunion gleichsetzen. Auch bei außereuropäischen, geopolitischen Auseinandersetzungen werden irrealer Konfliktlinien gezogen und zur Lösung Russland nicht ins Boot geholt. Dabei haben etliche Dinge nur mit Hilfe Russlands funktioniert. Und eine stabile Wirtschafts- und Sicherheitsstruktur ist ohne Russland nicht denkbar, aber russische Interessen werden von westlichen Politikern und Medien nicht ernst genommen. Ein zusammenarbeitendes Eurasien ist für die US-Elite nicht vorstellbar.

Die gegenwärtige Eskalationsspirale ist nur zu überwinden, wenn wieder auf gleicher Augenhöhe miteinander gesprochen wird. Es fehlen informierte Debatten und Medien, die verdeckte Interessen aufdecken. Es geht nicht darum, dass wir im Westen überlegen, was für uns in Russland unerträglich ist, sondern darum, dass wir unsere Verfassung ernst nehmen. Dort wird Völkerverständigung gefordert, was Differenzieren erfordert und hilft, dass sich andere Länder auch zu unseren Gunsten besser entwickeln können. Eine intelligente Entspannungspolitik sollte den steinzeitlichen Konfrontationskurs ablösen, um in Frieden leben zu können. Krone-Schmalz schlägt einen sich regelmäßig treffenden EU-Russland-Außenminister-Rat vor. Helfen würde auch,



die Verdienste Russlands anzuerkennen und wieder Vertrauen aufzubauen. Kontraproduktiv sind der Aufbau weiterer militärischer Verbände und Depots der NATO sowie das Verhängen von Sanktionen. Kontraproduktiv ist auch, die eigenen Vorstellungen für alternativlos zu halten. Helfen würde die NATO-Osterweiterung zurückzunehmen, die Ängste osteuropäischer Staaten durch eine konstruktive Politik und durch Interessenausgleich zu verringern. Die Medien sollten davon ablassen, die Menschen "auf den richtigen Weg bringen wollen". Die Zerbrechlichkeit von Frieden muss uns bewusst bleiben. Für den besten Schutz des Friedens braucht es aufgeklärte Menschen und das informierte Gespräch.

[Gabriele Krone-Schmalz](#), Jg. 1949, studierte Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaften und Slawistik; deutsche Fernsehjournalistin und Autorin, Mitglied im 'Petersburger Dialog' und im Kuratorium 'Deutsch-Russisches Forum'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Wolfgang Schwarz: **Der Westen & Russland – zum Diskurs**

Wolfgang Schwarz zählt all die Probleme auf, die es derzeit zwischen dem Westen und Russland gibt, und schließt sich der Warnung von Dimitri Trenin, Vygaudas Ušackas und Graham Stacey an, es sei "für alle Seiten sinnvoll, sich so zu verhalten, dass sie andere nicht provozieren" oder zu Fehleinschätzungen [...] mit möglicherweise katastrophalen Folgen führen". Glücklicherweise gebe es noch viele der vertrauensbildenden Maßnahmen wie den NATO-Russland-Rat (NRC), die am Ende des Kalten Krieges und in seiner unmittelbaren Folge eingeführt wurden und "als Kommunikationsmechanismus dienen, um gefährliche militärische Zwischenfälle oder deren Eskalation zu verhindern.

Zusätzlich zum NRC sollte es direkte, substantielle Kontakte und gelegentliche persönliche Treffen zwischen dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (SACEUR) der NATO und dem russischen Generalstabschef sowie anderen hochrangigen militärischen Befehlshabern und Experten beider Seiten geben. Regelmäßige Gespräche würden das Vertrauen in die Tatsache stärken, dass die militärischen Aktivitäten beider Seiten nicht auf einen unmittelbar bevorstehenden Angriff hinauslaufen, und dieselben Kanäle könnten im Falle von Missverständnissen den Weg zu einer sofortigen Deeskalation ebnen.

Andere bestehende Instrumente sollten wiederbelebt und aktualisiert werden, angefangen mit dem Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen von 2011." Schwarz bedauert, dass "derzeit auf beiden Seiten der Konfrontation keinerlei entscheidungsrelevante Persönlichkeiten oder gar politische Kräfte zu erkennen [sind], die empfänglich für derartige Ratschläge und in der Lage wären, entsprechende Initiativen zu ergreifen".

[Wolfgang Schwarz](#), Jg. 1952, Politologe und Publizist zu Fragen bzgl. Sicherheitspolitik, Rüstung, Abrüstung, NATO, Russland; Chefredakteur des Online-Magazins 'Das Blättchen'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Norman Paech: **Kein Frieden für Palästina**

Der Völkerrechtler Norman Paech hat das neue Buch von Helga Baumgarten "Kein Frieden für Palästina – Der lange Krieg gegen Gaza, Besatzung und Widerstand" rezensiert. Baumgarten zeigt die seit 1948 unstrittigen Fakten der Besatzung, die permanente, provozierende Gewalt und den Krieg der Israelis auf, aber auch die jeweilige Gewalt der Palästinenser als Antwort darauf. Paech: "Es ist eine große Flugschrift gegen das Unrecht, welches der arabischen Bevölkerung seit der Gründung des jüdischen Staates und der Expansion seiner Siedler angetan wird. Es ist eine Streitschrift gegen die herrschende Berichterstattung und ihre verzerrende Historiografie. Es ist aktuell, klar und ohne Windungen, kenntnisreich und gut zu lesen."

[Norman Paech](#), Jg. 1938, emeritierter Hochschullehrer für politische Wissenschaft; Mitglied in der 'Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen' (VDJ), im 'Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung e. V.', im Wissenschaftlichen Beirat der [IALANA](#), im [IPPNW](#), bei Attac und im Auschwitz-Komitee. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Nadya Tannous: **Einschränkung der US-Militärhilfe für Israel im Zeitalter der Normalisierung**

Die USA haben nie damit aufgehört Israel militärisch zu unterstützen, und seinen qualitativen militärischen Vorsprung (QME – Qualitative Military Edge) gegenüber seinen Nachbarn konsequent aufrechterhalten. Aber es gibt auch US-Politiker, die sich dafür einsetzen, die US-Hilfe für Israel nach der ethnischen Säuberung der Palästinenser in Sheikh Jarrah und dem brutalen Angriff auf den Gazastreifen im Mai 2021 an Bedingungen zu knüpfen und zu stoppen. Über 100 prominente nationale Organisationen [forderten Präsident Biden in einem Schreiben auf, den Verkauf von präzisionsgelenkten Waffen zu stoppen](#).

73 demokratische Abgeordnete der Mitte forderten ihn auf, die israelischen Siedlungen als illegal einzustufen. Auf Capitol Hill und auf den Straßen jeder größeren US-amerikanischen Stadt entfaltet sich eine neue Dynamik, die mittlerweile dazu geführt hat, [dass Biden wegen Israel einen Popularitätsverlust erleidet](#). Insbesondere bei den Demokraten nimmt die pro-palästinensische Stimmung deutlich zu.

[Nadya Tannous](#) ist die Generalkoordinatorin der Palästinensischen Jugendbewegung (PYM), einer transnationalen, unabhängigen Basisbewegung junger Palästinenser in Palästina und im weltweiten Exil. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- BIP e.V.: **Sieg in der EU gegen den Handel mit Besatzern**

Eine EU-Bürgerinitiative hat einen wichtigen Rechtsstreit gewonnen und die EU-Kommission gezwungen anzuerkennen, dass ein Verbot des Handels mit illegalen Kolonien (Palästina, Westsahara) keine Sanktion, sondern eine Handelsmaßnahme ist. Die Kommission ist nun verpflichtet, das Verbot dem Europäischen Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Mit dem juristischen Sieg hat die Initiative ihre Registrierung erreicht. Jetzt muss die Initiative eine Million Stimmen bis März 2022 in der EU sammeln, um das EU-Parlament zu verpflichten, aktiv zu werden und [Rechtsvorschriften vorzuschlagen, die den Handel mit Produkten aus illegalen Kolonien verbieten](#).

Ein neuer Bericht der Initiative "Don't buy into Occupation" legt das Ausmaß der finanziellen Verflechtungen zwischen europäischen Unternehmen und Firmen offen, die von der Besatzung profitieren. 672 europäische Finanzinstitute unterhalten finanzielle Beziehungen zu 50 Unternehmen, die aktiv an illegalen Siedlungen im Westjordanland beteiligt sind. Europäische Banken haben ihnen im Zeitraum von 2018 bis Mai 2021 Kredite in Höhe von 114 Mrd. Dollar vergeben und Vermögenswerte in diesen Unternehmen im Wert von 141 Mrd. Dollar gehalten.

Das [Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern BIP e. V.](#) möchte, dass sich die deutsche Politik ohne Ausnahme zur Einhaltung von Menschenrechten positioniert, auch wenn es um die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete sowie die Blockade von Gaza geht und dies gerade deswegen tut, weil sich Deutschland als Freund Israels versteht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jacques R. Pauwels: **Mythenbildung und die atomare Zerstörung**

Als der ehemalige US-Präsident Barack Obama 2016 die Pulverisierung von Hiroshima als "Tod, der vom Himmel fällt" bezeichnete, ohne ein Bedauern oder gar eine Entschuldigung zum Ausdruck zu bringen, nährte er den Glauben, die Bombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki seien unumgänglich gewesen, um Japan in die Knie zu zwingen, und hätten unnötiges Blutvergießen verhindert.

In Wirklichkeit wurden die beiden Atombomben abgeworfen, um die Sowjetunion (SU) zu beindrucken, die SU von der Besetzung und dem Wiederaufbau Japans auszuschließen und der SU Zugeständnisse bzgl. der Nachkriegsordnung in Europa abzurufen. Aber letztendlich war es die SU, die mit ihrem Eintritt in den Krieg gegen Japan Tokio zur Kapitulation veranlasste, nicht der Atombombenabwurf. Es war auch die SU, die die größte Kriegslast in Europa zu tragen hatte, aber die USA verstanden es, Reparationsforderungen der SU an Deutschland zu verhindern, da dies den Verlierer des Kriegs in Europa für US-Produkte uninteressant machen könnte. Der machtvoll demonstrierte Besitz einer mächtigen neuen Waffe eröffnete der US-Regierung die Hoffnung, ihren großen Konkurrenten um imperiale Macht aus dem Feld schlagen zu können.

Jacques R. Pauwels, Jg. 1946, studierte Geschichte und Politische Wissenschaften; Autor zahlreicher Artikel und Bücher. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- IPPNW: **IPPNW verweist auf gesundheitliche Folgen von Uranbergbau**

Das Bündnis 'European Alliance for the Self-Determination of Indigenous Peoples' hat am 05.10.2021 auf die Folgen des Uranbergbaus auf dem Territorium indigener Völker aufmerksam gemacht. Das Statement richtet sich an EU-Kommissionspräsidentin, sowie an den Präsidenten und die Mitglieder des EU-Parlaments, die bis Ende des Jahres darüber entscheiden sollen, ob Atomenergie als "nachhaltige" Investition eingestuft und in die EU-Taxonomie aufgenommen wird. Als Mitunterzeichnerin unterstreicht die 'Internationale Ärzt\*innenorganisation für die Verhütung des Atomkriegs' (IPPNW) die katastrophalen, gesundheitlichen Folgen des Uranbergbaus, insbesondere für die indigene Bevölkerung in vielen Regionen der Welt.

Der IPPNW, eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt ↑](#)